

# Wege aus dem Rohstoff-Dilemma: Einschätzungen zum Umgang mit kritischen Rohstoffen in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage für die Körber-Stiftung

**forsa** Gesellschaft für  
Sozialforschung und  
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2  
10587 Berlin

**Telefon** 030 62882-0

**E-Mail** [info@forsa.de](mailto:info@forsa.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorbemerkung.....	1
1 Informiertheit über die Nutzung von Rohstoffen.....	2
2 Einschätzungen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs.....	4
3 Einschätzungen zur Rohstoffabhängigkeit Deutschlands.....	10
4 Wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen den Ländern.....	13
5 Meinungen zum Abbau des Lithiumvorkommens im Oberrheingraben.....	14
6 Rohstoffversorgung als Teil einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“?.....	16

## **Vorbemerkung**

Im Auftrag der Körber-Stiftung hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Befragung von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern ab 18 Jahren zum Umgang mit vor allem kritischen Rohstoffen in Deutschland durchgeführt.

Im Rahmen der Erhebung wurden dafür vom 6. bis 16. Oktober 2023 insgesamt 1.019 Personen ab 18 Jahren befragt. Die Befragung wurde mithilfe des repräsentativen Online-Panels forsa.Omninet durchgeführt.

Die Schwerpunkte der Untersuchung lagen auf Einschätzungen zur Rohstoffversorgung, -beschaffung und -nutzung in Deutschland. Mit der Umfrage wurde zunächst ermittelt, wie die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zum eigenen Konsum und dem damit zusammenhängenden Rohstoffverbrauch stehen, welche Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs präferiert werden und in wessen Verantwortlichkeit eine Reduzierung des Verbrauchs von (kritischen) Rohstoffen in Deutschland ihrer Einschätzung nach liegt.

Des Weiteren wurden die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger bezüglich der gegenwärtigen Rohstoffökonomie – insbesondere Aspekte der Rohstoffversorgung und -beschaffung – befragt. Sowohl Einschätzungen zur Rohstoffabhängigkeit, zu wirtschaftlichem Ungleichgewicht zwischen Ländern, zur Rohstoffsicherheit als auch zum Abbau eigener Rohstoffvorkommen wurden ermittelt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland übertragen werden.

## **1 Informiertheit über die Nutzung von Rohstoffen**

Viele Produkte, die wir im Alltag nutzen, enthalten Rohstoffe unterschiedlicher Art. Darüber, welche Rohstoffe in den Produkten verarbeitet sind und im Rahmen des Herstellungsprozesses benötigt werden, fühlen sich aber nur wenige Befragte (27 %) gut oder sehr gut informiert.

Die große Mehrheit (70 %) fühlt sich über den Rohstoffbedarf nicht so gut oder schlecht informiert.

Männer fühlen sich etwas häufiger als Frauen gut informiert, unter 30-Jährige etwas häufiger als über 30-Jährige und die Anhänger der CDU/CSU häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

Im Vergleich zu einer Untersuchung vor 2 Jahren zeigen sich im Grad der Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger keine Unterschiede.

## Informiertheit über Rohstoffe

Es fühlen sich alles in allem darüber, welche Rohstoffe in den Produkten verarbeitet sind und im Rahmen des Herstellungsprozesses benötigt werden, informiert

		sehr gut	gut	nicht so gut	schlecht
		%	%	%	%
insgesamt	2021 *	2	23	59	15
	2023	2	25	56	14
Männer		3	30	49	15
Frauen		2	21	63	13
18- bis 29-Jährige		3	36	57	1
30- bis 44-Jährige		3	24	56	16
45- bis 59-Jährige		2	22	58	17
60 Jahre und älter		2	25	54	15
Anhänger der:	SPD	3	19	61	15
	Grünen	5	21	59	13
	FDP	3	29	62	7
	CDU/CSU	1	43	49	6
	AfD	4	13	59	18

\* Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des DBU Zentrum für Umweltkommunikation an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## 2 Einschätzungen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs

Der globale Rohstoffverbrauch ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen.

Die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (80 %) hält es daher für wichtig oder sehr wichtig, dass Deutschland seinen Rohstoffverbrauch reduziert. Nur wenige Befragte (15 %) halten dies für weniger wichtig oder unwichtig.

Für eine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs sprechen sich in besonderem Maße die Anhänger der SPD und der Grünen aus. Von den Anhängern der AfD hält dies nur eine Minderheit für wichtig.

### Wichtigkeit der Reduzierung des Rohstoffverbrauchs

		Dass Deutschland seinen Rohstoffverbrauch reduziert, ist			
		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
		%	%	%	%
insgesamt		36	44	11	4
Männer		33	44	15	4
Frauen		38	45	7	4
18- bis 29-Jährige		47	35	8	3
30- bis 44-Jährige		35	37	12	6
45- bis 59-Jährige		38	43	11	6
60 Jahre und älter		30	54	12	1
Anhänger der:	SPD	39	56	4	0
	Grünen	72	27	2	0
	FDP	24	64	11	1
	CDU/CSU	25	56	16	0
	AfD	11	30	29	16

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

In erster Linie sehen die Befragten die Hersteller der Produkte in der Verantwortung, für eine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs bei der Herstellung von Produkten zu sorgen (80 %).

Deutlich weniger Befragte sehen die Politik (44 %), die Verbraucher (42 %), den Handel (25 %) oder die Entsorgungs- bzw. Abfallwirtschaft (16 %) in der Verantwortung.

Die Hersteller der Produkte werden von allen Bevölkerungsgruppen in ähnlichem Maße in der Verantwortung gesehen. Die Politik hat insbesondere aus Sicht der jüngeren, unter 30 Jahre alten Befragten sowie aus Sicht der Anhänger der Grünen und auch der FDP hierfür Sorge zu tragen.

## Verantwortung für Reduzierung des Rohstoffverbrauchs

In erster Linie ist in der Verantwortung, für eine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs bei der Herstellung von Produkten zu sorgen

		die Hersteller der Produkte	die Politik	die Verbraucher	der Handel	die Entsorgungs-/ Abfall- wirtschaft
		%	%	%	%	%
insgesamt		80	44	42	25	16
Männer		79	44	46	25	15
Frauen		80	44	39	24	17
18- bis 29-Jährige		76	59	32	31	34
30- bis 44-Jährige		80	48	40	28	10
45- bis 59-Jährige		86	33	46	24	16
60 Jahre und älter		77	42	45	22	13
Anhänger der:	SPD	86	43	46	28	12
	Grünen	80	71	49	27	16
	FDP	83	57	42	13	31
	CDU/CSU	79	41	45	31	16
	AfD	75	25	32	9	12
Informiertheit über Rohstoffe:	(sehr) gut	80	37	48	25	15
	nicht so gut/schlecht	81	47	41	26	17

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Danach gefragt, welchen Beitrag die verschiedenen Gruppen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs jeweils leisten können, glauben fast alle Befragte (94 %), dass die jeweiligen Hersteller der Produkte hierfür einen (sehr) großen Beitrag leisten könnten.

Von der Politik meinen dies 73 Prozent, von den Verbrauchern 68 Prozent.

Der Handel kann aus Sicht von 65 Prozent, die Entsorgungs- bzw. Abfallwirtschaft aus Sicht von 48 Prozent einen (sehr) großen Beitrag zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs leisten.

## Beitrag zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs I

Die folgenden Gruppen können zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs jeweils leisten

	sehr großen Beitrag %	eher großen Beitrag %	eher geringen Beitrag %	keinen Beitrag %
die Hersteller der Produkte	75	19	3	1
die Politik	38	35	16	8
die Verbraucher	32	36	28	2
der Handel	25	40	31	3
die Entsorgungs-/Abfallwirtschaft	17	31	42	7

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass die Politik maßgeblich zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs beitragen könne, meinen insbesondere die unter 30 Jahre alten Befragten. Von den Verbrauchern glauben dies insbesondere die Anhänger der Grünen, deutlich seltener sehen die Anhänger der FDP und der AfD den möglichen Beitrag der Verbraucher hier als relevant an.

## Beitrag zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs II

Die folgenden Gruppen können zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs einen sehr/eher großen Beitrag leisten

		die Hersteller der Produkte	die Politik	die Verbraucher	der Handel	die Entsorgungs-/ Abfallwirtschaft
		%	%	%	%	%
insgesamt		94	73	68	65	47
Ost		96	73	59	70	40
West		94	73	70	64	48
Männer		93	72	65	66	45
Frauen		96	74	71	64	50
18- bis 29-Jährige		90	86	66	73	55
30- bis 44-Jährige		96	71	64	67	38
45- bis 59-Jährige		98	66	73	64	46
60 Jahre und älter		92	75	68	62	52
Anhänger der:	SPD	99	87	72	76	46
	Grünen	97	91	78	64	40
	FDP	97	76	51	73	63
	CDU/CSU	97	78	73	67	51
	AfD	93	51	50	56	50
Informiertheit über Rohstoffe:	(sehr) gut	92	71	73	63	49
	nicht so gut/schlecht	96	75	67	66	46

Es gibt verschiedene Maßnahmen, mit denen Verbraucherinnen und Verbraucher selbst zu einem geringeren Verbrauch von Rohstoffen beitragen können. Den Befragten wurde eine Auswahl solcher Maßnahmen vorgegeben mit der Bitte anzugeben, ob sie dies bereits umsetzen, ob sie sich das grundsätzlich vorstellen könnten oder ob das für sie eher nicht in Frage kommt.

Am häufigsten geben die Befragten an, dass sie Elektro- oder Haushaltsgeräte reparieren, statt neu zu kaufen (54 %). Weitere 39 Prozent könnten sich dies zumindest vorstellen. Für nur 5 Prozent kommt dies eher nicht in Frage.

Dass sie bereits recyclebare, dafür teurere Produkte kaufen, geben 35 Prozent an. 45 Prozent können sich dies vorstellen, für 16 Prozent kommt dies allerdings eher nicht in Frage.

Im Unverpacktladen kaufen als Maßnahme, um zu einem geringeren Verbrauch von Rohstoffen beizutragen, nach eigenen Angaben 16 Prozent der Befragten ein. 57 Prozent könnten sich vorstellen das zu tun, 24 Prozent eher nicht.

11 Prozent nutzen bereits Sharing-Angebote für Auto, Fahrrad und Co. 33 Prozent könnten sich dies grundsätzlich als Beitrag zu einem geringeren Rohstoffverbrauch vorstellen, für 53 Prozent kommt dies eher nicht in Frage.

## Umsetzung eigener Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs I

Die folgenden Maßnahmen, um zu einem geringeren Verbrauch von Rohstoffen beizutragen, ...

	setzen bereits um %	könnten sich vorstellen %	kommen eher nicht in Frage %
Reparatur von Elektro- oder Haushaltsgeräten statt Neukauf	54	39	5
Kauf von recyclebaren, dafür teureren Produkten	35	45	16
Einkauf im Unverpacktladen	16	57	24
Nutzung von Sharing-Angeboten für Auto, Fahrrad und Co.	11	33	53

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Jeweils für eine große Mehrheit kommt die Reparatur von Elektro- oder Haushaltsgeräten statt Neukauf (93 %) oder der Kauf von recyclebaren, dafür teureren Produkten (80 %) grundsätzlich in Frage bzw. sie setzen dies bereits um. Mehrheitlich (73 %) gilt dies auch für den Einkauf im Unverpacktladen.

Die Nutzung von Sharing-Angeboten für Auto, Fahrrad und Co. kommt eher für die jüngeren, unter 45 Jahre alten Befragten sowie für die Anhänger der Grünen zumindest in Frage.

Für die Anhänger der AfD kommt der Kauf von recyclebaren, dafür teureren Produkten sowie der Einkauf im Unverpacktladen in deutlich geringerem Maße als im Durchschnitt aller Befragten überhaupt in Frage.

## Umsetzung eigener Maßnahmen zur Reduzierung des Rohstoffverbrauchs II

Die folgenden Maßnahmen, um zu einem geringeren Verbrauch von Rohstoffen beizutragen...

		Reparatur von Elektro- oder Haushaltsgeräten statt Neukauf		Kauf von recyclebaren, dafür teureren Produkten		Einkauf im Unverpacktladen		Nutzung von Sharing-Angeboten für Auto, Fahrrad und Co.	
		...setzen bereits um	...könnten sich vorstellen	...setzen bereits um	...könnten sich vorstellen	...setzen bereits um	...könnten sich vorstellen	...setzen bereits um	...könnten sich vorstellen
		%		%		%		%	
insgesamt		54	39	35	45	16	57	11	33
Männer		51	43	32	48	13	56	13	29
Frauen		58	36	38	43	18	58	9	37
18- bis 29-Jährige		57	39	25	56	11	66	15	53
30- bis 44-Jährige		57	37	36	42	12	65	20	34
45- bis 59-Jährige		60	35	42	40	19	53	9	30
60 Jahre und älter		48	45	33	47	19	51	5	27
Anhänger der:	SPD	50	50	31	58	18	55	13	30
	Grünen	59	39	56	43	23	64	23	39
	FDP	63	35	21	64	13	60	6	47
	CDU/CSU	54	41	35	44	15	53	4	26
	AfD	43	47	22	34	13	44	12	15

### 3 Einschätzungen zur Rohstoffabhängigkeit Deutschlands

Deutschland und die EU sind derzeit bei Importen von wichtigen, kritischen Rohstoffen wie z. B. Lithium, Seltenen Erden oder Kobalt stark von wenigen, zum Teil undemokratischen und instabilen Ländern abhängig. So bezieht Deutschland beispielsweise Lithium und Seltene Erden zu mehr als 90 Prozent von China, Kobalt kommt zu einem großen Teil aus dem Kongo. Für die Mehrheit der Befragten (85 %) ist es wichtig oder sogar sehr wichtig, dass die EU und Deutschland Maßnahmen ergreift, um diese starke Abhängigkeit zu reduzieren. Nur für wenige Befragte (10 %) ist dies weniger wichtig oder unwichtig.

Als weniger wichtig oder unwichtig stufen derartige Maßnahmen am ehesten die Anhänger der AfD ein.

#### Einschätzungen zur Rohstoffabhängigkeit Deutschlands

Dass die EU und Deutschland Maßnahmen ergreifen, um die starke Abhängigkeit bei Importen von wichtigen, kritischen Rohstoffen zu reduzieren, ist

		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
		%	%	%	%
insgesamt		55	30	6	4
18- bis 29-Jährige		50	42	0	3
30- bis 44-Jährige		38	41	9	7
45- bis 59-Jährige		61	25	5	5
60 Jahre und älter		66	22	7	2
Anhänger der:	SPD	65	33	1	0
	Grünen	60	37	2	1
	FDP	64	31	2	2
	CDU/CSU	67	25	6	1
	AfD	45	23	8	20
Informiertheit über Rohstoffe	(sehr) gut	45	41	9	4
	nicht so gut/schlecht	59	27	5	4

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schlägt in einer Studie aus 2022 ein Bündel an möglichen Maßnahmen zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit Deutschlands und der EU vor. Den Befragten wurden davon verschiedene Maßnahmen vorgegeben mit der Bitte jeweils anzugeben, welche davon sie befürworten würden.

Die größte Befürwortung kommen der Förderung technischer Innovationen, die den Einsatz kritischer Rohstoffe reduzieren können (82 %) sowie einer Verbesserung der Recyclingmaßnahmen (80 %) zu. Rund die Hälfte (49 %) der Befragten würde eine verstärkte Förderung eigener Rohstoffaufkommen befürworten, 43 Prozent eine europaweite Bündelung der Beschaffung relevanter Rohstoffe und 40 Prozent eine Diversifizierung der Lieferländer.

Verpflichtende Mindestmengen bei der Lagerhaltung befürworten nur 22 Prozent als Maßnahme zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit.

### Einschätzungen zu möglichen Maßnahmen zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit I

Es würden folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit Deutschlands und der EU befürworten:	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Förderung technischer Innovationen, die den Einsatz kritischer Rohstoffe reduzieren können	82	82	82	74	81	85	83
Verbesserung der Recyclingmaßnahmen	80	77	83	77	80	83	80
verstärkte Förderung eigener Rohstoffaufkommen	49	48	50	58	45	48	50
europaweite Bündelung der Beschaffung relevanter Rohstoffe	43	47	39	30	42	44	47
Diversifizierung der Lieferländer	40	46	35	40	42	50	32
verpflichtende Mindestmengen bei der Lagerhaltung	22	24	20	27	14	22	24

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Auf eine europaweite Bündelung der Beschaffung relevanter Rohstoffe setzen insbesondere die Anhänger der SPD und der FDP. Die Anhänger der SPD befürworten zudem überdurchschnittlich häufig verpflichtende Mindestmengen bei der Lagerhaltung, die Anhänger der FDP die Förderung eigener Rohstoffaufkommen.

Die Förderung der eigenen Rohstoffaufkommen befürworten die Anhänger der Grünen in deutlich geringerem Maße als die anderen Parteianhänger.

Die Anhänger der AfD befürworten alle Maßnahmen seltener als der Durchschnitt aller Befragten – mit Ausnahme der verstärkten Förderung eigener Rohstoffaufkommen.

### Einschätzungen zu möglichen Maßnahmen zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit II

Es würden folgende Maßnahmen zur Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit Deutschlands und der EU befürworten:

	insgesamt %	Anhänger der:				
		SPD %	Grünen %	FDP %	CDU/CSU %	AfD %
Förderung technischer Innovationen, die den Einsatz kritischer Rohstoffe reduzieren können	82	91	96	91	82	71
Verbesserung der Recyclingmaßnahmen	80	90	93	88	78	71
verstärkte Förderung eigener Rohstoffaufkommen	49	52	34	72	58	54
europaweite Bündelung der Beschaffung relevanter Rohstoffe	43	64	54	71	45	22
Diversifizierung der Lieferländer	40	45	54	67	40	24
verpflichtende Mindestmengen bei der Lagerhaltung	22	42	17	18	21	15

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

#### 4 Wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen den Ländern

Trotz großer Rohstoffvorkommen sind viele Länder arm, während andere Länder mit eher wenig eigenen Rohstoffvorkommen häufig wirtschaftlich erfolgreicher sind.

Für dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht sind aus Sicht von 13 Prozent der Befragten die Länder mit den großen Rohstoffvorkommen selbst verantwortlich. 38 Prozent hingegen sehen hier die Länder, die die Rohstoffe abnehmen, vor allem im „Globalen Norden“, in der Verantwortung. Der relativ größte Teil der Befragten (44 %) sieht beide Länder gleichermaßen als dafür verantwortlich an.

Dass für dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht vor allem die Länder im „Globalen Norden“ verantwortlich sind, meinen insbesondere die unter 30-Jährigen sowie die Anhänger der SPD und der Grünen.

##### Wirtschaftliches Ungleichgewicht

Für das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Ländern mit großen und geringen Rohstoffvorkommen sind hauptsächlich verantwortlich

		die Länder mit großen Rohstoffvorkommen selbst	die Länder, die Rohstoffe abnehmen, vor allem im "Globalen Norden"	beide
		%	%	%
insgesamt		13	38	44
Männer		17	36	44
Frauen		9	39	45
18- bis 29-Jährige		6	50	38
30- bis 44-Jährige		13	42	39
45- bis 59-Jährige		14	39	42
60 Jahre und älter		14	30	51
Anhänger der:	SPD	8	46	42
	Grünen	8	54	31
	FDP	15	25	61
	CDU/CSU	18	32	47
	AfD	25	27	39

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## **5 Meinungen zum Abbau des Lithiumvorkommens im Oberrheingraben**

Im Oberrheingraben im Südwesten Deutschlands lagern Schätzungen zufolge Europas größte Vorkommen an Lithium. Durch den Abbau dieser Vorkommen des für die Energiewende unverzichtbaren Rohstoffs könnte Deutschland seine derzeitige Abhängigkeit von ausländischem Lithium reduzieren. Gleichzeitig gibt es Bedenken, dass der Abbau Folgen für die Umwelt in der Region haben könnte, z. B. verstärkt zu Erdbeben führen könnte.

Eine Mehrheit der Bevölkerung (57 %) meint, Deutschland sollte versuchen, dieses Lithiumvorkommen abzubauen. Deutlich weniger Befragte (27 %) finden, Deutschland sollte angesichts möglicher Folgen für die Umwelt davon absehen. 16 Prozent der Befragten können dazu keine Einschätzung abgeben („weiß nicht“).

Für einen Abbau der Lithiumvorkommen sprechen sich insbesondere Männer sowie die Anhänger der SPD und der FDP aus sowie auch diejenigen, die sich über die Rohstoffnutzung in Produkten (sehr) gut informiert fühlen.

## Abbau des Lithiumvorkommens im Oberrheingraben

Deutschland sollte versuchen, dieses Lithiumvorkommen im Oberrheingraben abzubauen

		ja	nein, sollte angesichts der möglichen Folgen für die Umwelt davon absehen	weiß nicht
		%	%	%
insgesamt		57	27	16
Männer		71	21	8
Frauen		43	33	24
18- bis 29-Jährige		54	28	18
30- bis 44-Jährige		54	27	19
45- bis 59-Jährige		60	25	15
60 Jahre und älter		57	28	15
Anhänger der:	SPD	71	17	12
	Grünen	58	27	15
	FDP	84	14	2
	CDU/CSU	67	23	10
	AfD	65	26	9
Informiertheit über Rohstoffe:	(sehr) gut	72	18	10
	nicht so gut/schlecht	52	30	18

## **6 Rohstoffversorgung als Teil einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“?**

Manche meinen, dass die verlässliche Versorgung mit Rohstoffen für Deutschland heutzutage nicht mehr nur ein Thema für die Wirtschaftspolitik und damit das Bundeswirtschaftsministerium ist, sondern dass das Thema mittlerweile eher ein Teil der Außen- und Sicherheitspolitik ist und sich daher auch das Außen- und das Verteidigungsministerium als Teil einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“ darum kümmern müssten.

Diese Meinung teilt eine Mehrheit der Befragten (58 %). Rund ein Viertel (26 %) teilt diese Meinung nicht, weitere 17 Prozent können dazu keine Einschätzung abgeben („weiß nicht“).

Die Einschätzung, dass die Rohstoffversorgung auch ein Teil der Außen- und Sicherheitspolitik ist bzw. sein sollte, teilen insbesondere Männer, unter 45-Jährige sowie die Anhänger der SPD, der Grünen und der CDU/CSU sowie diejenigen, die sich nach eigenen Angaben über Rohstoffe gut informiert fühlen.

**Rohstoffversorgung als Teil einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“?**

Es teilen die Meinung, dass die verlässliche Versorgung mit Rohstoffen für Deutschland heutzutage nicht mehr nur ein Thema für die Wirtschaftspolitik ist, sondern dass das Thema mittlerweile eher ein Teil der Außen- und Sicherheitspolitik ist und sicher daher auch das Außen- und Verteidigungsministerium als Teil einer "Nationalen Sicherheitsstrategie" darum kümmern müsste

		ja	nein	weiß nicht
		%	%	%
insgesamt		58	26	16
Männer		62	29	9
Frauen		54	23	23
18- bis 29-Jährige		71	18	11
30- bis 44-Jährige		60	21	19
45- bis 59-Jährige		54	32	14
60 Jahre und älter		54	27	19
Anhänger der:	SPD	71	21	8
	Grünen	70	17	13
	FDP	40	46	14
	CDU/CSU	67	26	7
	AfD	38	46	16
Informiertheit über Rohstoffe:	(sehr) gut	65	26	9
	nicht so gut/schlecht	55	27	18